

München, 29.10.2019

Anfrage zeigt: Immer weniger Menschen werden nach Tarif bezahlt

SPD will Tarifbindung in Bayern stärken - SPD-Arbeitsmarktsprecher Busch fordert Vergabegesetz und mehr verpflichtende Tarifverträge

Nur noch etwas mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern waren im vergangenen Jahr in tarifgebundenen Betrieben beschäftigt. Gegenüber dem Jahr 2008 (64 Prozent) bedeutet das einen Rückgang von zehn Prozent. Dies geht aus der [Antwort](#) der Staatsregierung auf eine aktuelle Anfrage des SPD-Arbeitsmarktpolitikers **Michael Busch** hervor.

Angesichts dieser Zahlen plädiert der oberfränkische Abgeordnete für eine Stärkung der Tarifbindung in Bayern. Busch erklärt: "Wer auf Grundlage eines Tarifvertrages arbeitet, dem geht es besser: Er verdient erwiesenermaßen nicht nur mehr, sondern wird auch seltener gekündigt, hat mehr Urlaubsanspruch und eine geringere Wochenarbeitszeit. Freiwillige Vereinbarungen gewährleisten diese Sicherheit nicht. Deshalb ist uns als SPD-Fraktion sehr daran gelegen, den Anteil tarifgebundener Betriebe im Freistaat wieder deutlich zu erhöhen."

Konkret schlägt Busch vor: "Unternehmen, die keine Tarifverträge haben, dürfen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht mehr berücksichtigt werden. Um das zu gewährleisten, brauchen wir ein Bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz, so wie es meine Fraktion zuletzt Anfang des Jahres vorgelegt hatte (siehe [hier](#)). Außerdem setzen wir uns für mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge ein - denn das eröffnet die Möglichkeit, die Tarifverträge auf wesentlich mehr Unternehmen und Beschäftigte auszuweiten." Die SPD-Landtagsfraktion hatte die Staatsregierung im Sommer dazu aufgefordert, eine entsprechende Bundesratsinitiative zu unterstützen (siehe [hier](#)).